„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 8- bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.00 bei Vorausbezahlung.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg.
Nachweislich 18,304 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 8 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.00 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835—1837 Halifax St., Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 18,304 paying Subscribers. Advertising rates on application.

13. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 7. April 1920 | 16 Seiten | Nummer 22

Ernente Bitte für die Notleidenden in Deutschland und Oesterreich

Um unsere wiederholten Bitten im Interesse unserer hungernden Landsleute in der alten Heimat eindringlicher zu gestalten, bringen wir hier einige neuere Berichte über das dort herrschende Elend zum Abdruck.

Helft doch weiter!

Vor der Ernte steigt noch die Not! Seit mehreren Monaten sind ja die verehrten Leser gewohnt, an dieser Stelle eindringliche Ermunterungsworte zur Teilnahme an dem Hilfswerk für Deutschland und Oesterreich zu lesen. Die Worte fanden ihr Echo in zahlreichen Liebesgaben. Manch edle Tat ist geschehen. Wer helfen kann und will, der richte sich nicht nach den Lindereien einiger Ueberpatrioten, die sich längst zur Lächerlichkeit selbst herabwürdigten. Betrübend genug ist, daß unter den Mitbürgern englischer Zunge so wenig von diesem Hilfswerke bekannt wird und so herzlich wenig dafür geschieht. Man wiege seine Gabe aber auch nicht nach Vertuschungsberichten, die aus „Berichterstatter"-Federn fließen! Die deutsche Not ist sogar nicht einmal am Schalle des deutschen Hilfeschreis zu messen. Es widerstrebt der deutschen Bescheidenheit und dem deutschen Stolze, mit seinem Elend auf den Markt zu gehen. Das müssen wir aus unserem eigenen Gefühl wissen: wenn der Deutsche, wie jetzt, bittend die Humanität seiner früheren Feinde anruft, so hat ihn nur die bitterste Not so weit bringen können. Ein deutscher Arzt bringt Tabellen, welche zeigen, daß die Sterblichkeit unter den Kindern ums vielfache gestiegen ist; eine kurze Zeitungsnotiz berichtet, in dieser und jener Stadt sind Mütter und Kinder zu Tausenden wie Skelette herabgehungert, entkräftet und verfallen langsam, aber sicher dem Tode, — daraus wird die Not ermessen! Das deutsch-österreichische Hilfswerk aber ist kein gewöhnliches Wohltätigkeitsunternehmen, wie etwa ein Sammeln zur Linderung einer Hungersnot in Indien oder zur Hebung des Elends in den „Slums" einer Großstadt. Solchen Unternehmungen hilft man und half man immer aus reinem Menschlichkeitsgefühl. Das deutsch-österreichische Hilfswerk ist ein Liebeswerk!

„Tod der deutschen Kinder"

Nach einer Besichtigungsreise durch deutsche Volksschulen und Krankenhäuser macht die Schriftstellerin Ray Beveridge weitere aufsehenerregende Mitteilungen. Sie klagt die Journalisten und Politiker, die aus Amerika hergesandt wurden, um die Zustände in Mitteleuropa zu untersuchen, und die berichteten, daß die deutschen Kinder nicht am Verhungern seien, als Massenmörder hilfloser Kinder an. In den öffentlichen Schulen Berlins siechten ein Jahr nach dem Waffenstillstande allein über 200,000 Kinder aus Mangel an geeigneter Nahrung dahin. In fast allen Schulen habe sie im Wachstum zurückgebliebene, krummbeinige, hohläugige, unterernährte Kinder gefunden. Davon merkten freilich die Ausländer nichts, die ihrer Heimat berichteten, daß man für $1.50 eine gute Mahlzeit erhalte. Sie sagen aber nicht dabei, daß dies 80 Mark betrage, und das 50 Mark im Jahreseinkommen eines Volksschullehrers eins vom Hundert ausmacht. Sie habe sogar in Koblenz einen amerikanischen Zeitungsphotographen gefunden, der die dicksten Kinder, die er zu Gesicht bekam, für ein New Yorker Blatt photographierte, damit das amerikanische Volk sehe, wie es mit den verhungernden deutschen Kindern bestellt sei. So treibe man mit der Menschlichkeit sein Spiel.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Aufstand im Ruhrgebiet geht dem Ende zu

Arbeiter haben bis zum 10. April Zeit, die Waffen niederzulegen. Anzeichen da, daß dies geschieht. Regierung will Arbeiter nicht als Rebellen behandeln.

Letzte Nachrichten über die Vorgänge in Deutschland

In Essen, wo der Generalstreik vor ein paar Tagen erklärt wurde, haben sich keine blutigen Ereignisse abgespielt. Straßen wurden abpatrouilliert und Personen und Häuser nach Waffen durchsucht. Die meisten Hotels waren geschlossen und Gästen wurde nur auf Identifikation hin Zutritt gewährt.

In der Stadt Hamm in Westphalen sind Plünderungen in großem Maßstabe vorgekommen.

Die Reichswehr, die in östlicher und nördlicher Richtung vorrückte, hat am 31. März die Ortschaften Hueve, Haltern und Achmen besetzt. Die Spartakaner verloren in den Kämpfen drei Geschütze.

Die Kontrolle des Ruhrgebietes durch die Arbeiter kam theoretisch mit dem 2. April zum Schluß. Am Karfreitag fanden in den Kirchen die religiösen Zeremonien wie gewöhnlich statt. Das Abliefern von Waffen geht stetig vor sich. Der Generalstreik ist aufgehoben worden, und die Arbeiten werden sofort wieder beginnen.

Die Regierungstruppen, die eigentlich nur noch mit Resten der Aufrührer zu tun haben, rücken auf schnellstem Wege vor. Sie haben Hamborn besetzt und werden stündlich in Düsseldorf erwartet. Es heißt, daß zwei Kohlenbergwerke zerstört worden sind.

Der Befehlshaber der Kommunisten vor Wesel hat versprochen, die Bedingungen des Uebereinkommens mit der Regierung seinerseits zu erfüllen. Er sagte, daß er über eine wirklich gute Armee verfüge, daß er jedoch infolge Mangel an Munition nicht weiterkämpfen könne. Es seien Befehle gegeben, alle Plünderungen zu verhindern. Eine weitere wichtige Bemerkung die er machte und die darauf hindeutet, daß der Aufruhr seinem Ende zugeht, war: „Irgendein kommunistischer Soldat, der den Befehlen, sich zurückzuziehen und die Waffen abzuliefern, nicht nachkommt, wird von mir mit meiner eigenen Pistole erschossen."

Ostern hat der Stadt Duisburg nach heftigen Kämpfen den wirklichen Frieden gebracht. Die Regierungstruppen sind früh am Ostermorgen in der Stadt eingetroffen und verfolgen nunmehr Teile der roten Armee, die in die Wälder in der Richtung auf Mühlheim geflohen sind. Während der Kämpfe am Tage vorher regnete es geradezu Geschosse im Geschäftsviertel der Stadt. Artillerie wie Maschinengewehre und Handgranaten wurden benutzt. In einigen Teilen der Stadt fanden Kämpfe von Haus zu Haus statt und trotzdem waren die Verluste, die erlitten wurden, leicht. Duisburg und Ruhrort befinden sich nunmehr in den Händen der Reichswehr. In Köln konnte man über das Telephon des Geknatter der Maschinengewehre in Duisburg vernehmen.

Die Roten haben Essen verlassen. Die Straßen der Stadt nehmen wieder ihr gewöhnliches Aussehen an. Am Ostertage bewegten sich große Mengen friedlicher Bürger auf den Straßen der Stadt.

Düsseldorf, 2. April. — Nach dem Herausgeber einer gemäßigten Arbeiterzeitung wurde gestern Nacht in Münster ein Vergleich zur Beilegung der Wirren im Ruhrgebiet vereinbart. Die Zeit für Annahme des Bielefeld Abkommens ist verlängert, eine weitere Klausel gewährt den Teilnehmern an dem Aufruhr im Ruhrtal Amnestie. Der Vollzugsausschuß der hiesigen Arbeiter war aber heute Vormittag von diesem Vorgehen in Münster nicht in Kenntnis gesetzt und verschob eine Beratung bis zum Abend.

Berlin. — Die Regierung hat nach längeren Unterhandlungen mit dem unabhängigen Sozialisten-Führer Cohn das Ultimatum an die rote Armee des Ruhrgebiets, das eine Uebergabe innerhalb 24 Stunden verlangte, bedeutend modifiziert, da Kanzler Müller in einer Ansprache betonte, daß die zur Verzweiflung getriebenen Truppen die Minen unter Wasser setzen und die Hochöfen zerstören dürften.

Eine Depesche aus Essen meldet, daß die Arbeiter-Truppen, die vor einigen Tagen schwere Niederlagen erlitten, bei denen eine ihrer Kompagnien vollständig vernichtet wurde, um einen Waffenstillstand nachgesucht haben und jetzt bereit sind, die Waffen an die städtischen Behörden abzuliefern, die sie von Arbeitern bewachen lassen sollen. Die Polizei soll entwaffnet und die Reichswehr so reorganisiert werden, daß die Kommunisten die Kontrolle erhalten. Es wurden an den verschiedensten Stellen bereits Waffen abgeliefert.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Zur Lage in Irland

Gewalttätigkeiten nehmen immer mehr zu

Dublin, 4. April. — Die Feuerwehr war in vergangener Nacht bis nach Mitternacht unausgesetzt tätig, um eine Anzahl von Bränden zu löschen, die in den Büros mehrerer Steuereinnahmestellen zu verzeichnen waren. Es sind, wie bekannt gegeben, worden ist, große Mengen wichtiger Schriftstücke verbrannt. Die Brände waren in nicht weniger als acht von diesen Büros in den verschiedensten Teilen der Stadt zu verzeichnen. Die Brandstifter verübten ihre Arbeit mit Umsicht und Vorbedacht. In allen Fällen waren die Brände bereits ziemlich vorgeschritten als die Feuerbrigade eintraf. Kurz vor Ausbruch der Brände wurden die Hausverwalter in allen Fällen von bewaffneten Männern festgehalten. Südöstlich von der Stadt wurde ein Mann, augenscheinlich ein Soldat, mit einer Schußwunde im Kopfe aufgefunden. Die Brandstiftungen erfolgten trotz der umfangreichen Vorsichtsmaßregeln die angewandt worden waren. Die Polizei untersuchte sogar Passagiere der Straßenbahnen nach Waffen, und tat alles, um ein Wiederholen der Osterunruhen vom Jahre 1916 zu verhüten. Zu einer offenen Rebellion ist es ja nun auch zu Ostern nicht gekommen.

Ueber 100 Bewaffnete machten vor einigen Tagen mit Gewehren und Petrolbomben einen Angriff auf die Polizeikaserne zu Durrus, 7 Meilen südwestlich von Bantry im County Cork.

Ein Teil des Gebäudes wurde durch die Bomben demoliert. Zwei Polizisten wurden verwundet, davon der eine schwer. Nach hitzigem Kampfe zogen sich die Angreifer zurück, mehrere Verwundete mit sich schleppend.

Rücktritt des Sekretärs für Irland

London, 3. April. — Wie der „Globe" mitteilt, wurde das Abschiedsgesuch von Jan MacPherson, Obersekretär für Irland, angenommen.

Sinn Feiner Oberbürgermeister von Cork

Cork, Irland. — Stadtverordneter McSweeney ist anstelle des kürzlich ermordeten Oberbürgermeisters von Cork zu dessen Nachfolger gewählt worden. MacSweeney ist ein Anhänger der Sinn Fein Vereinigung. Er ist bereits mehrfach deportiert oder gefangen gesetzt worden.

Kleine Nachrichten

Briten bauen große Dampfer

Washington. — Die britischen Schiffsbauer legen Wert auf den Bau besonders großer Schiffe, wie aus einem Bericht an das Handelsamt hervorgeht. Am 1. März waren 55 Schiffe, von mehr als 10,000 Tonnen auf britischen Werften im Bau, darunter 22 von mehr als 15,000 Tonnen. Vollständige Statistiken für 1919 zeigen, daß im ganzen 612 Handelsschiffe von 1,620,442 Tonnen vom Stapel liefen. Während des ganzen Jahres wurde kein einziges Segelschiff vollendet.

Zug mit Waffen in Schweiz konfisziert

Genf. — Die Schweizerischen Behörden untersuchen zur Zeit die Begleitumstände der Ankunft eines geheimnisvollen Zuges in Zürich, der mit Panzerautomobilen, Maxim-Geschützen und Munition angefüllt ist. Der Zug war in Frankreich abgelassen worden und war für Polen bestimmt.

Das „Zürich Volksrecht" schreibt, der Zug sei irrtümlich registriert gewesen und sei deshalb in Zürich angehalten und sequestriert worden.

England bezahlt Schulden in Goldbarren

New York. — Eine bewaffnete Karawane bewegte sich vor einigen Tagen mit 10 Tonnen Goldbarren durch die Straßen von New York. Es handelte sich um eine in starken Kisten verpackte Sendung im Werte von $9,300,000, die mit dem Dampfer „Lapland" aus England eingetroffen war. Das Gold soll benutzt werden, um britische Schulden in Gestalt von Zinsen auf Anleihen zu bezahlen und wurde vorläufig im New Yorker Unterschatzamt untergebracht.

1,800,000 Einwohner in Wien.

Aus Wien wird gemeldet: Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis der jüngsten Volkszählung hat Wien, das aus der letzten Volkszählung im Jahre 1910 als über 2-Millionen-Stadt hervorging, insgesamt 1,838,708 Einwohner, also um ungefähr 400,000 weniger als 1910. Männliche Personen wurden 851,694 und weibliche 987,014 gezählt, sowie 7260 Kriegsgefangene als ausgewiesen gemeldet. Ungefähr 50,000 nicht mitgezählte Wiener Kinder befinden sich im Auslande.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Ernste Lage in der Türkei

Britische Offiziere festgenommen. Großbritannien droht Krieg wieder aufzunehmen, falls nicht sofortige Freilassung erfolgt

Konstantinopel, 4. April. — Das türkische Kabinett unter der Führung von Sali Pasha, das am 26. März resignierte, ist, wie verlautet, vom Amte zurückgetreten, weil ein Druck auf die Regierung ausgeübt wurde, die britischen Offiziere Rawlinson und Forbes, die zu Erzerum resp. Amasia von den Türken festgenommen wurden, sofort freizulassen. Beide Offiziere sind von den Nationalisten festgenommen worden und es geht das Gerücht, daß England gedroht haben soll den Krieg gegen die Türkei wieder aufzunehmen, falls nicht sofortige Freilassung dieser Offiziere erfolge.

Die Eisenbahnverbindung zwischen dem Bosborus und dem Innern des Landes ist von britischen Truppen unterbunden worden. Man hat die großen Brücken südlich von Bielaj, nachdem alle indischen Truppen, welche die Linie besetzt hielten, zurückgezogen worden waren, zerstört. Das britische Hauptquartier befindet sich zu Ismid, in einem Gebiet, das von dem Feuer der Marinegeschütze vollständig beherrscht wird. Es ist eine allgemeine Mobilmachung und die Munition aus dem Küstenbereiche zu entfernen angeordnet worden.

Paris, 3. April. — Eine Depesche des „Pester Lloyd" in Budapest meldet, daß in allen Teilen der Türkei, Konstantinopel allein ausgenommen, das Volk sich gegen die Alliierten erhoben habe.

London, 2. April. — Laut einer heutigen Depesche aus Konstantinopel hat Mustapha Kemal, der Führer der aufständischen türkischen Nationalisten, an Großbritannien den Krieg erklärt.

Konstantinopel, 2. April. — Ahmed Emin Bey und Belid Bey, Redakteure hiesiger Zeitungen, und Souliman Nazir Bey, ein bekannter türkischer Dichter, sind von den britischen Behörden verhaftet und nach der Insel Malta deportiert worden. Said Pascha, ein türkischer Befehlshaber von Konstantinopel, ist ebenfalls verhaftet worden.

Ahmed Emin Bey ist ein Alumnus der Columbia-Universität von New York und Belid Bey ist der Präsident des Ottomanischen Presse-Verbandes.

230,000 Polen an Typhus erkrankt

Paris. — Henry P. Davison, der Vorsitzer der Liga der Roten Kreuz-Gesellschaften, entwarf vor einer Anzahl von Berichterstattern über die schreckliche Lage in Mittel- und Ost-Europa folgendes Bild:

„Eine Depesche aus Polen meldet, daß es in dem Land 230,000 Fälle von Typhus-Erkrankungen gibt. Man darf wohl behaupten, daß in den meisten dieser Fälle die geeignete Behandlung unmöglich ist. Es fehlt an Aerzten, an Medizinen und an Hospitälern.

„In einem baltischen Hafen ist soeben ein Schiff mit 700 Flüchtlingen aus Rußland eingetroffen, darunter 15 Generale und viele Frauen. Sie durften nicht landen, weil an Bord zahlreiche Personen am Typhus erkrankt waren. Vorher waren sie in anderen Häfen zurückgewiesen worden.

Mord an Liebknecht blutig gesühnt

Berlin. — Ein tragisches Nachspiel zu der Ermordung des Sozialistenführers Dr. Karl Liebknecht hat sich in Friedrichshafen ereignet.

Hauptmann Pflugartung, der sich unter den Offizieren befand, welche Liebknecht und Rosa Luxemburg eskortierten, als die beiden getötet wurden, wollte heute in einem Automobil in Gesellschaft von Freunden nach Berlin abfahren. Ein Streit entstand zwischen Pflugartung und örtlichen Kommunisten, welche erklärten, sie würden ihn lebend nicht von Friedrichshafen fortlassen.

Eine Handgranate wurde in das Automobil geworfen. Pflughartung und einer seiner Begleiter wurden auf der Stelle getötet; mehrere andere seiner Gäste sowie einige Soldaten, die in der Nähe standen, trugen Verletzungen davon.

Odessa von Ukrainern besetzt

Paris. — Odessa, der große russische Hafen am Schwarzen Meer, ist von Ukrainern unter Kommando von General Pawlemka von der ukrainischen Nationalarmee besetzt worden, wie eine Depesche an die Mission der Ukraine in Paris meldet.

Dänischer Thron im Wanken

König löst Kabinett auf. Sozialdemokraten stellen Ultimatum

Kopenhagen, 29. März. — Einer Aufforderung des Königs Folge leistend, resignierte heute das am 21. Juni gebildete Kabinett mit Premier und Justizminister C. T. Zahle an der Spitze. Der König beauftragte M. Neergard, den Führer der liberalen Partei, mit der Bildung eines neuen Kabinetts.

Der König soll das Kabinett aufgelöst haben, weil Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Abstimmung in der Flensburger Gegend herrschten. Das Zahle-Kabinett wurde nicht einmal ersucht, im Amte zu bleiben, bis das neue Kabinett antreten konnte, weshalb man hier glaubt, daß Neergard bereits ein neues Kabinett gewählt hatte.

Die Zeitung „Politiken" bezeichnet das Ereignis als den größten Putsch in der politischen Geschichte Dänemarks. Die Auflösung des Kabinetts überraschte um so mehr, als die Mitglieder des „Rigsdag"-gestern ihre Oster-Ferien angetreten hatten und fast ohne Ausnahme heimgereist sind.

Kopenhagen, 30. März. — König Christian kündigte heute an, daß er es ablehnt, sich dem Ultimatum der Sozialdemokraten zu fügen. Die Sozialisten verlangen Wiedereinsetzung des vom König entlassenen Ministeriums Zahle und stellen andere Forderungen anläßlich der Regierungskreise.

Kopenhagen, 30. März. — Vertreter der Sozialisten und der Gewerkschaften berieten gestern Nacht mit König Christian über die Krise, die soeben in Dänemark wegen Entlassung des Ministeriums Zahle entstand. Sie verlangten sofortige Wiedereinstellung des Kabinetts, Einberufung des Parlaments und Wiedereinführung verfassungsmäßiger Zustände in dem Lande. Falls diese Forderungen zurückgewiesen werden, so wollen alle dänischen Gewerkschaften heute eine Zusammenkunft abhalten, um einen Generalstreik zu erklären.

Rufe nach einer Republik

Volksmassen erhoben gestern Nacht auf öffentlichen Plätzen Rufe nach Errichtung einer republikanischen Staatsform in Dänemark. Leichte Unruhen entstanden, als Soldaten einen der Plätze besetzten und Hochrufe auf die Republik wurden während der Nacht gehört. Minister Rovsing von dem neuen Ministerium Liebe, das an Stelle des Zahle Kabinetts trat, sagte heute, daß die neue Regierung vor Berufung des Parlaments Wahlen abhalten wolle, um die Frage von Flensburg, der Hauptstadt der zweiten Abstimmungszone, zu erwägen. Die Krise brach wegen der Verfügung über die zweite Zone in Schleswig aus, welche nach Zahles Ansicht die kürzliche Volksabstimmung zu Gunsten von Deutschland entschied. Die Opposition beharrt aber darauf, daß zum mindesten eine zeitweilige Internationalisierung von Flensburg und der zweiten Zone vorgenommen werden soll. Rovsing erklärte, daß das neue Kabinett die Durchsetzung dieser zwei Forderungen versuchen wird. Nach der Berlingske Tidende muß sich das ganze bürgerliche Gemeinwesen gegen den Terrorismus eines Generalstreiks erheben.

Revolutionäre Unruhen

Kopenhagen, 1. April. — Auf den Straßen waren gestern Nacht lebhafte Szenen. Rufe auf die Revolution, die dänische Republik und „Nieder mit dem König!" wurden ausgestoßen. Es ertönten aber auch Rufe für den König. Das Erscheinen von zwei Schwadronen Husaren übte eine beruhigende Wirkung aus. Das Schloß war stark bewacht. Der König machte ohne Begleitung heute vormittag seine übliche Ausfahrt.

Kopenhagen, 2. April. — Den ersten Schritt zur Durchführung des Generalstreiks als Protest gegen die Weigerung von König Christian, das Ministerium Zahle wieder einzusetzen, trafen die Bäcker von Kopenhagen. Verschiedene Bäcker legten die Arbeit nieder. Auch die Heizer auf dänischen Dampfern gingen in den Ausstand. Trotzdem verlautet, daß Verhandlungen zur Erzielung einer Verständigung im Gange sind. Nach Ansicht vieler Kreise werden die Gewerkschaften zufrieden sein, wenn die Regierung der Einberufung des Parlaments und der sofortigen Annahme der Wahlvorlage zustimmt. Die Möglichkeit einer solchen Lösung ist infolge einer Zusammenkunft zwischen dem König, Premier Liebe und Vertretern des Gewerkschaftsbundes in Aussicht.

Die letzte eingelaufene Nachricht besagt, daß sich alle Parteien nunmehr mit dem neugebildeten Kabinett einverstanden erklärt haben.

Sitzung des Dominial-Parlaments

Debatte über Maßnahmen zur „Erziehung fremdgeborener Einwanderer" — Canadas nationales Eisenbahnsystem verschlang im letzten Jahre Regierungszuschüsse im Gesamtbetrage von $47,000,000

Das Abgeordnetenhaus des Dominialparlaments beschäftigte sich am Montag, den 29. März, mit einer von dem Abgeordneten Dr. McNeil/Steel eingebrachten Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, im Interesse der Wohlfahrt Canadas geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um alle fremden Einwanderer in rechter Weise vorzubereiten, die Pflichten und Verantwortlichkeiten canadischer Bürger zu übernehmen.

Der Abgeordnete Steel führte zur Begründung seiner Resolution aus, daß Canada jährlich tausende von Einwanderern jeder Rasse und Sprache erhielte und daß diese Leute ohne das rechte Verständnis für canadisches Wesen heranwüchsen. Während der letzten 20 Jahre habe Canada mehr als 3,000,000 Einwanderer willkommen geheißen. Wenn nun unsere Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren auf 20,000,000 anwachsen solle, sei es wichtig, daß die Anzahl der nicht wünschenswerten Elemente auf ein Minimum beschränkt werde.

In den Prärieprovinzen könnten 8,3 Prozent der Bevölkerung nicht englisch sprechen, und 7½ Prozent könnten weder lesen noch schreiben. Die Volkszählung vom Jahre 1911 habe die Tatsache enthüllt, daß es allein in der Provinz Ontario 147,228 Personen gebe, die nicht lesen und schreiben könnten. Der Zuwachs unserer fremdgeborenen Bevölkerung würde eine Gefahr für Canada werden, und ein geeinigtes Canada sei unmöglich, falls diese Leute keine ordentliche Erziehung erhielten. Fremde Einwanderer habe man gezwungen, den hygienischen und gesellschaftlichen Gesetzen Folge zu leisten. Diese Leute aber würden von politischen Agitators ausgebeutet.

Der Abgeordnete Stacey von New Westminster, B.C. erklärte, daß orientalische Einwanderer in gewissen Industrien Britisch Columbiens wichtige Arbeit geleistet hätten, daß sich aber die Einwanderung der gelben Rasse in Zukunft nur nach nationalen Bedürfnissen richten müsse und daß alle Gefühlsmomente bei Beurteilung dieser Frage ausgeschaltet werden müßten. Wolle man Britisch Columbien als ein Land der weißen Rasse erhalten, so müsse die Einwanderung von Orientalen beschränkt sein. Der Abgeordnete sprach sich zu Gunsten einer dominialen Regierungsabteilung für Canadisierung fremder Einwanderer aus, die mit den Schulverwaltungen der einzelnen Provinzen cooperieren solle.

Der Abgeordnete J. A. Maharg, Maple Creek, Sask., sagte, es sei eine Ausnahme und nicht die Regel, wenn ein Einwanderer nicht ehrlich wünsche ein guter canadischer Bürger zu werden. Canada halte die Verschmelzung des Einwanderers mit canadischem Wesen zurück, wenn es ihm die Naturalisation für einen Zeitraum von 10 Jahren versage.

Der liberale Abgeordnete A. R. McMaster, Vertreter des Wahlkreises Brome, sprach sich für freundschaftliches Zusammenwirken aller Klassen und Parteien in Canada aus, um die Verschmelzung der fremden Bevölkerung mit canadischem Wesen zu fördern.

Am Dienstag, den 30. März, legte der Eisenbahnminister Dr. Reid dem Hause seinen Finanzbericht über den Betrieb des Regierungseisenbahnsystems vor.

Der Minister behandelte die finanziellen Ergebnisse der Operationen des letzten Jahres in allen Einzelheiten, und ging ferner in seiner Rede darauf ein, was dem System der Regierungseisenbahnen Canadas in Zukunft Not tue.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Letzte Nachrichten

Japaner im Kampfe mit Russen

Ein in San Francisco eingelaufener Bericht besagt, daß die Japaner in der Gegend von Nicolaevskin, Sibirien, mit den Russen im Kampfe stehen. Dem Bericht ist angefügt, daß das japanische Konsulat in besagter Stadt niedergebrannt worden ist und daß der japanische Konsul Ischba vermißt wird.

Verheerender Brand zu Montreal

Einer der größten Brände, die seit dem Brande der Arena hier zu verzeichnen waren, ereignete sich vor einigen Tagen an der Ecke von St. Catherine und Gladstone Straße. Die dort gelegene Anlage der „Man Dry Cleaning Works" wurde vollständig vernichtet. Der angerichtete Materialschaden beläuft sich auf $75,000 bis $100,000.

Sozialisten aus der Legislatur des Staates ausgestoßen.

Albany, N. Y. — Fünf der gesetzgebenden Körperschaft des Staates New York angehörende Sozialisten Louis Walman, August Claessens, Charles Solomon, Samuel A. Dewitt und Samuel Orr, welche die ganze Vertretung der sozialistischen Partei im Hause darstellen, sind wegen „Mangel an Loyalität" aus dem Hause ausgestoßen worden.

Lischinski der Täterschaft des Mordes an seiner Frau entlastet.

Martin Lischinski von Hodoo, der vor einigen Tagen auf die Anschuldigung hin, seine Frau ermordet und in einen Brunnen geworfen zu haben, verhaftet worden war, ist auf freien Fuß gesetzt worden, da die Untersuchung ergeben hat, daß er als Täter nicht in Betracht kommen kann. Ein gewisser John Yuzik, gegen den die Verdachtsmomente, die für den an Frau Lischinski begangenen Mord sprechen, sehr schwer wiegender Natur sind, ist nunmehr in Haft genommen worden und wird sich in nächster Zeit im Voruntersuchungsverfahren zu verantworten haben. Es heißt, daß in dem Prozeß tragische Enthüllungen zu erwarten sind.

Sozialistischer Zeitungsverleger verhaftet.

Paris. — Emilie Giraud, der Herausgeber der Zeitung „The Soviet", ist auf die Anschuldigung hin, ein Komplott gegen den Staat geschmiedet zu haben, verhaftet worden. Er soll in seinem Blatte zu Mord und Plünderung herausgefordert und die Soldaten zum Ungehorsam verleitet haben.

Goldfund zu Snake Creek.

Calgary, Alta. — In der Gegend von Snake Creek, 20 Meilen südwestlich von Calgary, ist Gold gefunden worden. Es haben daraufhin Personen auf einer Stecke von vier Meilen in der Nähe des Fundortes Rechte erworben, um nach Gold suchen zu dürfen.

Winnipeger Streikführer verurteilt.

Eine soeben eingetroffene telegraphische Nachricht besagt, daß die angeklagten Winnipeger Streikführer gestern vormittag wegen hochverräterischer Verschwörung zu je einem Jahr und wegen Unruhestiftung je zu weiteren sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. Das Strafmaß wird jedenfalls so ausgesprochen sein, daß es mit einem Jahr Gefängnis als verbüßt gilt, da anzunehmen ist, daß die Gefängnisstrafen nicht nacheinander zu verbüßen sind.

Neugeborenes Kind erstickt.

Kipling, Sask. — Das erst neugeborene, 15 Stunden alte Kind der Frau Creithaut im hiesigen Distrikte ist, wie die Polizei bekannt gibt, am Freitag dadurch ums Leben gekommen, daß es unter einer wollenen Decke, in die es die Mutter eingewickelt hatte, erstickte. Die Polizei hat eine Untersuchung in der Sache angeordnet.

Sozialistische Delegation für Rußland.

Rom. — Am 20. April wird sich von hier eine sozialistische Delegation bestehend aus 20 Mitgliedern nach Rußland begeben. Der Zweck der Reise ist nicht bekannt gegeben.

Franzosen auf dem Vormarsch gegen Frankfurt

Mainz, 6. April. — Französische Truppen werden heute vormittag Frankfurt a.M. besetzen. Einige Abteilungen haben bereits den Vormarsch von Wiesbaden aus angetreten. Nachrichten besagen, daß auch die Absicht besteht, die Städte Darmstadt und Hanau zu besetzen. Die Franzosen haben sich zu diesem Schritt entschlossen, weil deutsche Truppen gegen den Willen der Franzosen in das Ruhrgebiet eingerückt sind, um die Spartakisten zu bekämpfen.